

BERICHT EINER BUND NATURSCHUTZ-DELEGATION VON EINER REISE NACH TOKYO UND IN DIE REGION FUKUSHIMA

KONSEQUENZEN FÜR BAYERN AUS DER ATOM-KATASTROPHE IN FUKUSHIMA

BUND NATURSCHUTZ FORDERT SOFORTIGEN ATOM-AUSSTIEG UND ERHÖHUNG DER SICHERHEIT IN DEN ZWISCHENLAGERN AN ALLEN ATOMSTANDORTEN

Die Atomkatastrophe von Fukushima in Japan hat auch nach fünf Jahren schlimmste Auswirkungen auf über 150.000 Menschen, die aus der verstrahlten Region evakuiert werden mussten. Obwohl die Gefahren durch das Schmelzen und die Zerstörung von vier Reaktoren in keinsten Weise unter Kontrolle sind, will die japanische Regierung die Rückkehr der Menschen in einen Teil der verstrahlten Regionen erzwingen. Dies hat eine Delegation des BUND Naturschutz auf einer Japanreise zum Jahrestag der Atomkatastrophe bei Gesprächen mit Betroffenen sowie mit dem Ex-Premier von Japan Naoto Kan in Tokyo und der Region Fukushima hautnah erfahren.

Als Konsequenz aus den unkalkulierbaren Unfallrisiken beim Betrieb der Atomkraftwerke fordert der BUND Naturschutz die sofortige Stilllegung der in Bayern noch laufenden Atomkraftwerke in Gundremmingen und in Ohu. Ebenso muss die Sicherheit der atomaren Zwischenlager an den Atomkraftwerksstandorten Grafenrheinfeld, Gundremmingen und Ohu gegen Flugzeugabstürze und terroristische Angriffe neu überprüft werden und die Evakuierungs- und Notfallpläne deutlich überarbeitet werden. Fünf Jahre nach der Katastrophe von Fukushima und 30 Jahre nach Tschernobyl ist die Verankerung des Atomausstiegs im Grundgesetz eine überfällige Konsequenz.

Auf Einladung der Partnerorganisation Friends of the Earth Japan (FoE Japan) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) nahmen der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger, der BUND Naturschutz Landesbeauftragte Richard Mergner und Martin Geilhufe, BN-Referent für politische Kommunikation an mehreren Anti-Atom-Großdemonstrationen und Energiewendesymposien in Tokyo und der Region Fukushima teil. Die japanisch-deutschen Beziehungen des BUND Naturschutz bestehen seit knapp zwanzig Jahren. Seit der Atomkatastrophe sind die Beziehungen

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2016

PM 024-16/LFG

Energie

intensiviert worden. Ziel der inzwischen dritten Reise in die betroffenen Gebiete war es, direkte Informationen zu den Folgen der Atomkatastrophe zu bekommen, mit den Betroffenen zu diskutieren und mit den Erfahrungen aus Deutschland auch in Japan den Atomausstieg und eine Energiewende voranzubringen.

Der Besuch war hochaktuell, da nicht nur die Verhandlung über die an Dreistigkeit kaum zu überbietende Schadensersatzklage der Atomkonzerne vor dem Bundesverfassungsgericht diese Woche begann, sondern auch die Anklage von Managern des Energieversorgers Tokyo-Electro-Power-Company (TEPCO) in Japan stattgegeben wurde.

Wachsende Anti-Atombewegung und Kritik an Wiederbesiedlung der verstrahlten Regionen

Die Folgen der Katastrophe von Fukushima sind in Deutschland kaum vorstellbar. Neben dem unermesslichen menschlichen Leid werden die Folgen allein der Atomkatastrophe auf über 200 Milliarden Euro geschätzt. Trotzdem will die konservative Regierung unter Premier Shinzo Abe Japan wieder auf Atomkurs zurückbringen. Derzeit sind von 54 Atomreaktoren nur zwei wieder in Betrieb. Zwei weitere Atomkraftwerke in der Provinz Shiga, Takahama 3 und 4, mussten nach Klagen von Anwohnern wenige Tage nach Inbetriebnahme aufgrund eines Beschlusses des Bezirksgerichtes in der letzten Woche wieder abgeschaltet werden. Dies ist ein großer Erfolg der japanischen Anti-Atom-Bewegung.

FOE Japan und der BUND Naturschutz kritisierten massiv den unverantwortlichen Umgang der japanischen Regierung mit den aus ihrer Heimat vertriebenen Opfern der Atomkatastrophe. Um die vermeintliche Normalität wiederherzustellen sollen die Evakuierten in die verstrahlte Region innerhalb einer Entfernung von 10-20 Kilometern von der Reaktorrüine während der nächsten 12 Monate zurückkehren. Ansonsten würden die Wohngeldzuschüsse für die Evakuierten wegfallen. Doch die Strahlenbelastung in den Wäldern und den landwirtschaftlichen Gebieten rund um die Städte ist nach wie vor hoch und die radioaktiv belastete Erde lagert auf riesigen Deponien in sich langsam zersetzenden Plastiksäcken in der Landschaft. Zusätzlich baut die Regierung mit Millionenaufwand Informationszentren, um für das Wiederanfahren der

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2016

PM 024-16/LFG

Energie

Atomreaktoren, die Sicherheit und die scheinbar erfolgreiche Dekontamination der Gebiete um das AKW Fukushima Daiichi zu werben. Nach wie vor ist die Hilflosigkeit bei den Betroffenen groß und Vertuschung und Verharmlosung der Strahlenbelastung von Regierungsseite an der Tagesordnung.

Mehrheit der japanischen Bevölkerung gegen Wiederinbetriebnahme der Atomkraftwerke

In zwei Symposien wurde von der BUND Delegation zu den Folgen der Atomkatastrophe von Tschernobyl, zum politischen Prozess des Atomausstiegs und der Energiewende in Deutschland sowie zur Atommülllager-Kommission berichtet. Die 450 Teilnehmer an den Symposien und über 10.000 Teilnehmer an mehreren Anti-Atom-Demonstrationen belegen das große Interesse an den Erfahrungen mit der Energiewende in Deutschland und die Ablehnung des Wiedereinstiegs in die atomare Stromversorgung durch die Mehrheit der Bevölkerung in Japan.

Für Rückfragen:

Richard Mergner, BUND Naturschutz Landesbeauftragter
Tel.: 0171- 6394370

Anlage 1:

Gemeinsame Resolution von FoE Japan, BUND Deutschland und BUND Naturschutz Bayern an die japanische Regierung:

„We the undersigned express our deep condolences to all nuclear victims: people affected by the "3.11" nuclear disaster at Fukushima in 2011, those who suffer from Chernobyl nuclear accident, nuclear plant-workers, nuclear bomb victims, and all people of the world who are under any nuclear threat. On the fifth anniversary of the Fukushima Daiichi nuclear accident in Japan, the situation is far from resolved. Contaminated water is still leaking from the destroyed plant, and radioactive waste is just piling up, without any sound resolution. More than 100 children have had surgery for thyroid cancer [1]. Housing assistance for "voluntary" evacuees will be suspended starting in March 2017, leaving them an uncertain future. Yet despite all these problems, the Japanese

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2016
PM 024-16/LFG
Energie

government is pushing hard to restart nuclear power plants, ignoring public opinion against restarting [2].

In April 2015, FoE Japan and three people from Fukushima travelled to Belarus to meet victims of the Chernobyl nuclear disaster. We were inspired that despite their political challenges, there is still hope among those who have been struggling for years to protect children from nuclear dangers. We were also strongly convinced that people must demand the necessary aid for nuclear disaster, and that governments protect people from nuclear threat. FoE Japan has been working with people from Fukushima and other people to ensure the rights of victims and to stop all the nuclear power plants. The situation is still hard, FoE Japan continue to work with them for the world free from nuclear threat. We the undersigned denounce the Japanese government's irresponsible actions of restarting nuclear power plants and its failure to provide sufficient aid for Fukushima disaster evacuees. We also demand following:

- 1. Stop all existing nuclear power plants and plans for new nuclear power plants.*
- 2. Make an "energy shift" from dirty to sustainable energy.*
- 3. Work toward a world free from all forms of nuclear threat "*

Quellen:

[1] Fukushima Prefecture in Japan reported 166 cases of malignant or suspected thyroid cancer and 116 cases confirmed after surgery (February 15, 2016)

[2] "60 percent of population is against restarting nuclear power, Nikkei poll finds" (The Nikkei, February 29, 2016)

Anlage 2:

1. Demonstration am 10.3.2016 vor der Zentrale des Energieversorgers Tokyo Electro Power Company, Tokyo
2. Ex-Premierminister Naoto Kan mit Vertretern der Friedrich-Ebert-Stiftung und des BUND Naturschutz, Tokyo
3. Demonstration am 11.3.2016 in Kuriyama (Präfektur Fukushima)
4. Lagerplatz für Säcke mit dekontaminierter Erde bei der Stadt Shirakawa (Präfektur Fukushima)

Bildquellen: BUND Naturschutz

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2016

PM 024-16/LFG

Energie